

Konsequenzen des demografischen Wandels

# Gestaltungsaufgabe für den Umweltschutz

von Angelika Zahrnt und Daniel Unsöld

Die Zahlen könnten widersprüchlicher nicht sein: Während in Deutschland zum ersten Mal seit 1969 mehr Menschen aus- als einwandern und die Bevölkerung unter dem Strich schrumpft, wächst die Weltbevölkerung jedes Jahr um die Größe der Bundesrepublik. 98 Prozent des Weltbevölkerungswachstums findet in Entwicklungsländern statt. Schrumpfen – ein Privileg der Reichen? Weit gefehlt: „Europa braucht mehr Kinder“ titelte die FAZ Mitte Juli.<sup>1</sup> Eine solche Debatte hätte noch vor zwanzig Jahren zu einem Aufschrei geführt – seit der NS-Zeit war Bevölkerungsplanung ein Tabuthema. Diese Bedenken scheinen sich gelegt zu haben. Aber der Widerspruch, dass starkes Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung langfristig nicht mit einer nachhaltigen Entwicklung zu verbinden ist, der ist heute so aktuell wie damals. Der Ruf nach mehr Kindern ist global gesehen absurd. Es gibt mit Afrika einen ganzen Kontinent, auf dem fast jeder Jugendliche nur von einem träumt: Nach Europa zu kommen. Aber es gibt auch andere Meinungen als die FAZ: „Toll, endlich Platz.“ – so reagierte nicht nur der Ökonom Thomas Straubhaar vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut.<sup>2</sup> Auch in den Umweltverbänden wird debattiert, ob der demografische Wandel nicht im Grunde zu begrüßen sei? Weniger Menschen bedeute doch weniger Ressourcen- und Flächenverbrauch. Wenn beispielsweise in Ostdeutschland ganze Landstriche brach fallen würden, dann gewänne doch die Natur. Diese Argumentation geht an den Menschen vorbei. Sie ignoriert sowohl die Nöte, die in den schrumpfenden Regionen entstehen, als auch die individuellen Gründe für die geringe Geburtenrate – etwa schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Kind, Unfruchtbarkeit und eine Lebensumwelt, die ein Leben als Familie nicht gerade leicht macht.

Darüber hinaus ist jedoch zu hinterfragen, ob diese angenommenen positiven Auswirkungen auf die Natur überhaupt richtig sind: Wie wirkt sich der demografische Wandel im Einzelnen auf die Umwelt aus? Diese Frage debattierten 30 Expert(inn)en im Mai 2006.<sup>3</sup> Anlass war unter anderem die Veröffentlichung der vom Rat für Nachhaltige Entwicklung in Auftrag gegebenen Studie „Unterm Strich“ (vgl. Buchtipps). Überraschend stellte sich heraus: Bedeutender als Überalterung und Bevölkerungsrückgang ist die innerdeutsche Migration vom Land in oder in die Nähe städtischer Ballungsräume.

## Weniger Ressourcenverbrauch?

Abgelegene ländliche Räume entleeren sich aufgrund von Überalterung und Kinderarmut, aber auch durch berufliche Perspektivlosigkeit. Die potenziell ausgleichende Zuwanderung aus dem Ausland konzentriert sich auf prosperierende Ballungsräume. Ländliche Räume in der Nähe städtischer Ballungsräume hingegen erfahren ein Nettowachstum – sowohl durch Zuzug aus abgelegenen ländlichen Gebieten als auch durch die „Flucht ins Grüne“ von Familien aus der Innenstadt. Im Stadtraum selbst schrumpft die Bevölkerung in Gebieten mit niedriger Wohnqualität. In attraktiven Innenstadtbereichen sowie in suburbanen Eigenheimsiedlungen ist jedoch ein starkes Wachstum zu beobachten.

Insgesamt erhöht sich der Leerstand durch die sinkende Gesamtnachfrage bei gleichbleibendem bis steigendem Wohnungsangebot. Hinzu kommt, dass die Deutschen immer höhere Ansprüche an ihren Wohnraum stellen – inzwischen 46 Quadratmeter pro Person, am liebsten im frei stehenden Haus mit Garten. Der Leerstand nicht nachfragegerechten Wohnraums ließe sich für eine Aufwertung von Stadtgebieten oder für Renaturierung nutzen. Allerdings fehlt Kommunen, die mit dem Wegzug von Bürger(inne)n zu kämpfen haben, für Rückbaumaßnahmen das Geld. Dementsprechend rechnet das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung damit, dass der Flächenverbrauch von heute 93 Hektar wieder auf einen Wert von 104 Hektar pro Tag im Jahr 2020 ansteigt und dass bis 2015 jährlich 340.000 Wohneinheiten neu geschaffen werden. Weniger dichtes Wohnen, weniger und stärker zentralisierte soziale Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten oder Theater bedingen längere Wege, ergo mehr Verkehr. Weniger Menschen pro Fläche verringern die Rentabilität des ÖPNV. Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur – die „Unterjüngung“, wie der neue, schonende Ausdruck heißt – hat vor allem im Verkehrsbereich negative Auswirkungen auf die Umwelt. Heute ziehen viele ältere Menschen Bus und Bahn einem Auto vor. Ob dies bei verschlechtertem Angebot so bleibt, ist fraglich. Außerdem werden sie auch immer agiler und reisen mehr. Unter den „neuen Alten“ besitzen mehr Frauen

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.7.2006, Michael Stabenow: „Europa braucht mehr Kinder.“

<sup>2</sup> Vgl. SPIEGEL ONLINE vom 14.3.2006, Jochen Bölsche: „Deutsche Provinz. Verlassenes Land, verlorenes Land.“

<sup>3</sup> Protokoll und Zusammenfassung der Ergebnisse des Fachgesprächs sind über den angegebenen Kontakt erhältlich. Das gemeinsam von DNR, BUND und NABU durchgeführte Projekt „Nachhaltigkeit im Kontext sich verändernder gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen“ wird gefördert von BMU und UBA. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

einen Führerschein und fahren ein eigenes Auto als in früheren Generationen. Auch der Ausbildungsverkehr – traditionell eine Aufgabe des ÖPNV – geht zurück, da es weniger junge Menschen gibt.

In Schrumpfungsbereichen sinkt die Auslastung nicht anpassungsfähiger Infrastruktur für die Wasserver- und -entsorgung. Stärkere Verchloration und künstliche Einleitung von Wasser sind notwendig, um Verkeimung und Verstopfung zu verhindern. Das wiederum bringt hohen Wasserverbrauch und proportional hohe Kosten für den Infrastrukturerhalt mit sich – die von weniger Menschen getragen werden müssen.

„Nach dem Mensch kommt der Wolf“ – so lautet ein Kapitel der Studie des Berlin-Instituts „Die demografische Lage der Nation.“<sup>4</sup> Stimmt das? Nichtgenutzte Gebäude und Infrastrukturen werden aller Wahrscheinlichkeit nach keinen naturgerechten Rückbau erfahren. Ihre Zerschneidungswirkung auf großflächige Lebensräume bleibt bestehen. Landwirtschaftliche Flächen fallen nicht aufgrund des demografischen Wandels brach, sondern dann, wenn die Produktion nicht mehr rentabel ist. Das wiederum hängt von der Entwicklung des Weltmarktes für Getreide, der Entwicklung des Ölpreises und des Marktes für nachwachsende Rohstoffe, der EU-Agrarpolitik, dem Klimawandel und der Veränderung von Konsummustern ab. Hinzu kommt, dass der europäische Artenreichtum von einer vielfältigen Kulturlandschaft abhängig ist. Wenn also große Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen werden, ist das nicht notwendigerweise gut für die biologische Vielfalt.

#### Teure und sinnlose Infrastruktur

Müssen teure Verkehrsinfrastrukturprojekte wie zum Beispiel die A 20 noch gebaut werden, obwohl in 20 Jahren nur noch wenige Menschen in den ohnehin dünn besiedelten Räumen des nördlichen Ostdeutschlands leben werden? Der demografische Wandel – und die mit ihm verbundene Knappheit der Kassen – werfen ein neues Licht auf die Wirtschaftlichkeit und die Rechtfertigung auf Wachstum ausgelegter Infrastrukturen, seien es Erschließungsmaßnahmen für Wohngebiete oder neue Autobahnen. Das ist noch nicht wirklich in allen Köpfen angekommen.

Im „Wegweiser Nachhaltigkeit 2005“ hat die alte Bundesregierung gute Vorschläge gemacht: Eine „regionale Diversifizierung bei zunehmenden Unterschieden“, eine „der Nachfrage angepasste Verkehrserschließung“ und eine „stärker regionalisierte Ausrichtung der wohnungspolitischen Instrumente“. Die Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Institutionen wie das Green Cabinet sind als übergreifende Instrumente gut geeignet, eine abgestimmte Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zu erarbeiten. Das setzt natürlich einen entsprechenden Handlungswillen voraus. Haushaltssanierung und Vermeidung unnötiger Umweltzerstörung könnten hier Hand in Hand gehen.

Der demografische Wandel könnte sich für die Arbeit der Umweltverbände zu einer Querschnittsaufgabe ähnlich der Geschlechtergerechtigkeit entwickeln. Zusammenfassend lassen sich vier Handlungsfelder abgrenzen:

- Potenziale für Erholung, Ressourcen- und Naturschutz in ländlichen, abgelegenen Gebieten nutzen – durch regionale, naturverträgliche Tourismuskonzepte, durch eine gezielte Förderpolitik oder die durchlässige Gestaltung nicht mehr genutzter Infrastrukturen für den Wildwechsel.
- Kinder- und familienfördernde, aber auch seniorengerechte Siedlungsstrukturen mit viel Grün und wenig Verkehr, guter Luft und wenig Lärm in städtischen Wachstumsräumen fördern. Die Umweltverbände besitzen hier das notwendige Know-how für Lösungsansätze, von denen Menschen und Umwelt profitieren.
- Es wird weniger junge Menschen geben, aber dafür mehr und vor allem immer aktivere Alte. Vielleicht gibt es mehr arme Menschen und mehr Menschen mit Migrationshintergrund. Hier besteht die Aufgabe für die Verbände, auf neuen Wegen Engagement außerhalb der „Stammklientel“ zu erschließen. Weniger Steuerzahler(innen) bedeutet aber auch, dass es weniger Geld aus öffentlichen Töpfen geben wird. Das betrifft auch den Natur- und Umweltschutz, der neue Lösungswege finden muss.
- Infrastruktur-Planungen wie etwa Straßenbau und Baugebieterschließungen sind im Licht der demografischen Entwicklung zu überprüfen. Die Verbände müssen vermehrt die langfristigen Belastungen durch Infrastrukturausbau und -erhalt kommunizieren. Das Projekt Nachhaltigkeit von DNR, BUND und NABU wird diese Handlungsfelder im Rahmen eines Workshops am 8. November mit Verbänden und Fachöffentlichkeit diskutieren.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Klingholz, R. et al. 2006: Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? DTV, München.

<sup>5</sup> Mehr Informationen zum demografischen Wandel auf [www.bund.net](http://www.bund.net) unter Positionen/Nachhaltigkeit:

### **Buchtip**

Ob in der Energieversorgung, in der Siedlungsentwicklung, auf dem Arbeitsmarkt, bei Bildung oder Mobilität – bei den kollektiven Gütern erwartet die Erben mehr Last als Lust. „Unterm Strich“, analysiert die Erblasten und Erbschaften Deutschlands und zeigt, wie aus einer nachlässigen doch noch eine zukunftsfähige Nation werden kann.

*V. Hauff, G. Bachmann (Hrsg.) (2006): Unterm Strich. Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen. Eine Generationenbilanz. oekom 2006, 132 S., 14,80 €/23,70 sFr., ISBN 3-86581-041-1. Erhältlich unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de) oder per E-Mail an [oekom@rhenus.de](mailto:oekom@rhenus.de).*

### **Zu den Autoren**

Dr. Angelika Zahrnt, geb. 1944, ist Volkswirtin. Seit 1998 ist sie Bundesvorsitzende des BUND, dessen Vizevorsitzende sie zuvor zehn Jahre lang war. Sie ist u.a. auch Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Daniel Unsöld, geb. 1977, ist Diplom-Ingenieur für Landschaftsplanung. Er betreut für den BUND das Projekt Nachhaltigkeitsstrategie. Vorher arbeitete er mehrere Jahre für die EU -Koordination des Deutschen Naturschutzrings.

### **Kontakt**

Daniel Unsöld  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)  
Friends of the Earth Germany  
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Fon ++49/(0)30/275 86 -462, Fax -440  
E-Mail [daniel.unsoeld@bund.net](mailto:daniel.unsoeld@bund.net)